

STEFAN HUBER

Entwicklung  
transnationaler  
Modellregeln für  
Zivilverfahren

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

197

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

197

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann





Stefan Huber

# Entwicklung transnationaler Modellregeln für Zivilverfahren

am Beispiel der Dokumentenvorlage

Mohr Siebeck

*Stefan Huber*, geboren 1975; Studium der Rechtswissenschaften in Köln, Paris und Heidelberg; Referendariat am Landgericht Heidelberg; 2007 Promotion; Akademischer Rat a. Z. am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg.

e-ISBN PDF 978-3-16-151382-4

ISBN 978-3-16-149454-3

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Meiner Mutter und im Andenken an meinen Vater

*Idem est non esse et non probari.*

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2007 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Für die Drucklegung konnten Rechtsprechung und Schrifttum bis Oktober und gesetzgeberische Aktivitäten noch bis Anfang Dezember 2007 Berücksichtigung finden.

Meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Herbert Kronke, danke ich in ganz besonderer Weise für seine vielfältige Förderung. Neben wertvollen Anregungen und der äußerst zügigen Erstellung des Erstgutachtens hat er mir die Möglichkeit gegeben, in der Villa *Aldobrandini* in Rom eine Sitzung der ALI/UNIDROIT-Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der *Principles of Transnational Civil Procedure* zu verfolgen. Mein besonderer Dank gilt auch Herrn Professor Dr. Thomas Pfeiffer, der freundlicherweise die Anfertigung des Zweitgutachtens übernommen hat. Für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“ danke ich den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow, Herrn Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt sowie Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann.

Die Dissertation ist während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Heidelberger Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht entstanden. Der rege Gedankenaustausch, der dort in freundschaftlicher Atmosphäre gepflegt wird, war sehr gewinnbringend. Ich danke allen Freunden und Kollegen, die mich auf die eine oder andere Weise unterstützt haben, insbesondere Dr. Martin Gebauer, Jens Haubold, Dr. Boris Schinkels, Peter Tochtermann und Dr. Matthias Weller, der sogar das gesamte Manuskript kritisch durchgesehen hat.

Meine Frau Véronique hat mir mit ihrer Fröhlichkeit viel Kraft gegeben. Dafür und für so vieles mehr danke ich ihr von ganzem Herzen.

Meine Eltern haben mir nicht nur mein juristisches Studium ermöglicht, sondern sie haben mir auch darüber hinaus stets zur Seite gestanden und meinen gesamten Werdegang mit Freude begleitet. Mit Akribie haben sie Korrektur gelesen. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

Heidelberg, im Dezember 2007

Stefan Huber





# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Einführung .....	1

## 1. Kapitel

### Gerechtigkeits- und Effizienzdefizite bei transnationalen Zivilverfahren

I. Faktische Ungleichbehandlung der Parteien.....	11
II. Internationale Entscheidungsdivergenz .....	18
III. Mangelnde zwischenstaatliche Kooperation.....	25
IV. Hohe Transaktionskosten .....	32
V. Resümee .....	46

## 2. Kapitel

### Transnationale Rechtsangleichung: Ein neuer Weg im Verfahrensrecht

I. Begriffliche Präliminarien.....	49
II. Instrumente zur Reduzierung verfahrensrechtlicher Unterschiede .....	50
III. Methodische Fragen .....	61
IV. Resümee .....	79

## 3. Kapitel

## Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme

I. Methodische Vorüberlegungen.....	81
II. Einleitender Überblick .....	92
III. USA, England, Frankreich, Deutschland: Eine konvergierende Entwicklung .....	108

## 4. Kapitel

Ein Entwurf transnationaler Rechtsgrundsätze  
und Modellregeln vor dem Hintergrund  
aktueller Harmonisierungsprojekte

I. Regionale Harmonisierungsbestrebungen .....	357
II. Weltweite Verfahrensrechtsharmonisierung.....	381
Schlussbetrachtung mit Formulierungsvorschlag.....	425
Anhang mit Regelungstexten .....	435
Rechtsprechungsverzeichnis .....	469
Literaturverzeichnis .....	483
Sachregister .....	511

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis..... XXIII

Einführung ..... 1

## 1. Kapitel

### Gerechtigkeits- und Effizienzdefizite bei transnationalen Zivilverfahren

I.	Faktische Ungleichbehandlung der Parteien .....	11
1.	Gleiche Anwendung derselben Regeln für alle Parteien .....	11
2.	Der Gleichheitssatz: Mehr als formale Gleichbehandlung.....	12
3.	Unterschiedliche Ausgangslage der Prozessparteien.....	13
4.	Sondernormen für transnationale Streitigkeiten?.....	16
II.	Internationale Entscheidungsdivergenz .....	18
1.	Folge eines mehrspurigen Zuständigkeitssystems .....	18
2.	Traditioneller Lösungsansatz .....	19
3.	Die Problematik der prozessualen Dokumentenbeschaffung.....	22
4.	Gerichtsstandsvereinbarungen: Nur begrenzte Abhilfe.....	23
III.	Mangelnde zwischenstaatliche Kooperation .....	25
1.	Verfahrensrechtliche Andersartigkeiten als Anerkennungshindernis .....	25
2.	Transatlantischer Justizkonflikt .....	27
3.	Abhilfe durch Schaffung einheitlicher Standards? .....	29
IV.	Hohe Transaktionskosten .....	32
1.	Besondere Probleme grenzüberschreitender Transaktionen vor dem Hintergrund des <i>Coase</i> -Theorems .....	33
a)	Besitzunsicherheit.....	34

b) Hohe Informations- und Rechtsdurchsetzungskosten .....	34
c) Tauschunsicherheit .....	35
d) Erhöhung der Tauschsicherheit durch Schiedsvereinbarungen? .....	36
e) Verschärfung der Effizienzdefizite durch die Mehrspurigkeit des Zuständigkeitssystems .....	38
aa) Wettlauf zum Gericht .....	38
bb) Parallele Prozesse .....	39
cc) Nochmalige Erhöhung der Informationskosten .....	40
dd) Gerichtsstandsvereinbarungen: Erneut kein Allheilmittel .....	41
2. Wettbewerb der Rechtsordnungen oder Rechtsangleichung: Zwei Wege, die sich ausschließen? .....	43
V. Resümee .....	46

## 2. Kapitel

### Transnationale Rechtsangleichung: Ein neuer Weg im Verfahrensrecht

I. Begriffliche Präliminarien .....	49
II. Angleichungs- und Vereinheitlichungsinstrumente .....	50
1. Vom Staatsvertrag zum <i>soft law</i> .....	51
a) Internationale Übereinkommen: Kein Königsweg .....	51
b) Privates <i>soft law</i> .....	52
c) Staatszentriertes <i>soft law</i> .....	53
aa) Das Modellgesetz .....	54
bb) <i>Principles</i> als Ausdruck transnationaler Rechtsgrundsätze .....	57
2. Eine Kombinationslösung .....	59
III. Methodische Fragen .....	61
1. Autonom und sektoral: Grundlegende Eigenschaften der Projekte zur Reduzierung verfahrensrechtlicher Unterschiede? .....	61
a) Konzentration auf technische Verfahrensregeln? .....	62
b) Sachliche Begrenzung .....	65
2. Begrenzung auf grenzüberschreitende Streitigkeiten .....	65
a) Eine ungerechtfertigte Differenzierung? .....	66
b) Praktische Bedenken .....	70
c) Besonderheiten im Rechtsraum der EU .....	71
3. Die Suche nach der besten Regel .....	73

4. Gleiche Regeln gewährleisten keine Rechtseinheit .....	77
IV. Resümee .....	79

### 3. Kapitel

#### Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme

I. Methodische Vorüberlegungen .....	81
1. Die Suche nach dem Geländer .....	81
2. Entwicklung eines Rasters .....	86
3. Dynamische Betrachtung .....	90
4. Rechtsvergleich in drei Stufen .....	91
II. Einleitender Überblick .....	92
1. US-amerikanischer Ausgangspunkt: Vorlagefeindlich .....	92
a) Traditionelle Unterscheidung zwischen Verfahren <i>in equity</i> und Verfahren <i>at law</i> .....	93
b) Der 16. September 1938: Ein Wendepunkt .....	97
2. England: Von den Kirchengerichten zu <i>Lord Woolf</i> .....	98
a) Lage vor Entstehung des Verfahrens <i>in equity</i> .....	98
b) Entwicklung der Vorlagepflicht <i>in equity</i> .....	99
c) Zusammenlegung von <i>Equity</i> - und <i>Common-law</i> -Gerichtsbarkeit .....	100
3. Frankreich: Ein Paradigmenwechsel .....	101
a) Grundmechanismus des <i>Code napoléonien</i> von 1806 .....	102
b) Systemwechsel mit dem <i>Nouveau Code de procédure civile</i> .....	104
c) Die <i>saisie-contrefaçon</i> .....	105
4. Restriktiver deutscher Ansatz .....	106
a) <i>Nemo tenetur edere contra se</i> .....	106
b) Eine stille Revolution? .....	108
III. USA, England, Frankreich, Deutschland: Eine konvergierende Entwicklung .....	108
1. Kreis der Mitwirkungspflichtigen .....	108
a) US-amerikanisches System: Die Vorlagepflicht trifft jeden .....	108
b) England: Eine stetige Erweiterung .....	111
aa) <i>Lites tertiis nec nocent nec prosunt</i> .....	111
bb) Ausdehnung der Vorlagepflichten durch die Rechtsprechung .....	112
cc) Einbeziehung Dritter durch die <i>Woolf</i> -Reform .....	115

c) Französischer Ansatz: Gleichlauf zwischen Parteien und Dritten .....	117
d) Deutschland: Fehlende Systematik.....	117
aa) Traditioneller Ausgangspunkt im Gesetz.....	117
(1) Begriffliche Klärung .....	118
(2) Systematisierender Überblick.....	121
(a) Rechtliche Sonderverbindung als Grundvoraussetzung materiellrechtlicher Vorlageansprüche .....	121
(b) Die Ausnahmenvorschriften §§ 809 und 810 BGB .....	124
(c) Resümee .....	125
bb) Erweiterung durch die Rechtsprechung .....	126
cc) Die Reform aus dem Jahre 2001.....	129
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Vom gleichen Ausgangspunkt über die Divergenz zur Konvergenz.....	130
2. Vorlagegegenstand.....	130
a) Weitreichende US-amerikanische Sichtweise .....	130
aa) Eine für technischen Fortschritt offene Klausel.....	130
bb) Das schwer fassbare Kriterium der „control“ .....	131
(1) <i>Alter ego doctrine</i> .....	133
(2) Ausweitung über die <i>alter ego doctrine</i> hinaus .....	134
(3) Berücksichtigung ausländischer Schutzgesetze .....	137
(4) Keine Besserstellung Dritter.....	139
b) Englischer Ansatz: Kontinuierliche Erweiterung .....	140
aa) <i>Documents</i> .....	140
bb) Das Kriterium der „control“ .....	140
(1) <i>Control</i> innerhalb einer Konzernstruktur .....	142
(2) Die Bedeutung ausländischer Schutzgesetze .....	144
c) Französischer Ansatz: Vorsichtige Ausdehnungsbestrebungen .....	144
aa) <i>Pièce</i> .....	144
bb) <i>Détenue</i> .....	147
(1) Erweiternde Tendenz in der Rechtsprechung.....	148
(2) Dokumente in der Konzernstruktur .....	148
(3) Die Wirkung ausländischer Schutzgesetze .....	149
cc) Besonderheiten der <i>saisie-contrefaçon</i> .....	149
d) Deutscher Ansatz: Der Tradition verhaftet.....	150
aa) Unterscheidung zwischen Urkunden und elektronischen Dokumenten .....	150
bb) Das Kriterium des Besitzes .....	152
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Trotz aller Unterschiede eine konvergierende Entwicklung .....	154

3. Zweck des Vorlageverlangens und Alternativen zur Vorlagepflicht .....	155
a) US-amerikanische Kehrtwende im Jahre 1938 .....	155
b) Später englischer Abschied von der <i>own case rule</i> .....	156
c) Umgekehrte Entwicklung in Frankreich.....	157
d) Deutsche Angst vor Ausforschung .....	158
aa) Statt „ <i>own case rule</i> “ „ <i>nemo tenetur edere contra se</i> “ .....	158
bb) Aufweichung des <i>Nemo-tenetur</i> -Grundsatzes in der Rechtsprechung .....	160
(1) Sekundäre Behauptungslast .....	160
(2) Beweislastumkehr .....	163
(3) <i>Prima-facie</i> -Beweis.....	165
(4) Erweiterung der materiellrechtlichen Vorlagepflichten .....	166
cc) Das Eingreifen des Gesetzgebers im Jahre 2001: Aufgabe des <i>Nemo-tenetur</i> -Grundsatzes?.....	166
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Konvergenz ohne Einschränkung .....	169
4. Zusammenhang zwischen Dokument und Rechtsstreit .....	170
a) US-amerikanische Entwicklung: Rückbesinnung auf frühere Wege..	170
aa) Anforderungen an die Klageschrift .....	170
bb) Bezug zum Streitgegenstand reicht aus .....	174
(1) Anfängliche Tendenzen zur Restriktion .....	174
(2) Die Reform von 1946: Das Aus für restriktive Ansätze.....	175
cc) Anpassung des Klageantrags an neue Tatsachenkenntniss .....	178
dd) Keine Besonderheiten bei Dokumentenvorlagen durch Dritte .....	178
ee) Zusammenfassung der Lage vor der Reform 2000 .....	178
ff) Die Reform des Jahres 2000: Kehrtwende oder leere Worte?.....	180
(1) Die Neuregelung: Steine statt Brot .....	180
(2) Reaktion der Gerichte.....	181
b) England: Nur auf den ersten Blick so weitreichend wie in den USA.	188
aa) Die weite <i>Peruvian-Guano</i> -Formel .....	188
bb) Anforderungen an die Klageschrift .....	190
cc) Begrenzung der sachlichen Reichweite der Vorlagepflicht .....	192
(1) <i>Standard disclosure</i> .....	194
(2) <i>Specific disclosure</i> .....	195
dd) Besondere Anforderungen für Vorlageverlangen gegenüber Dritten.....	196
c) Französischer Ansatz: <i>Fishing</i> in begrenztem Rahmen .....	197
aa) <i>Elément de preuve</i> .....	197
bb) Anforderungen an den Tatsachenvortrag.....	199
cc) Für die Streitentscheidung unerlässlich .....	200



dd) Uneingeschränkte Reichweite der <i>saisie-contrefaçon</i> ?	201
d) Langsame Lösung von den hohen Anforderungen im deutschen Recht	203
aa) Akzessorische Vorlageansprüche	203
(1) Vorlageansprüche zur Inhaltsbestimmung eines Hauptanspruchs	203
(2) Die zwei Facetten des Informationsanspruchs aus § 242 BGB	204
(3) Vorlageansprüche zur Begründung eines Hauptanspruchs	207
(a) § 810 BGB	207
(b) § 809 BGB	209
bb) Vorlageansprüche mit Kontrollfunktion	212
cc) Prozessuale Vorlageansprüche	213
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Konvergenz wider alle Vorurteile	216
5. Bezeichnung der Dokumente	218
a) US-amerikanische Anforderungen	218
b) England: Geringe Bedeutung der Dokumentenbezeichnung	222
c) Restriktiver französischer Ansatz	224
d) Deutschland: Neue Großzügigkeit	226
aa) Materiellrechtliche Vorlagepflichten: Eingrenzung über den Tatbestand	226
bb) Prozessuale Vorlagepflichten	228
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Ein recht buntes Bild	229
6. Art und Weise der Vorlage	230
a) US-amerikanischer Ansatz: Vom Wettkampf zur Kooperation?	230
aa) Der traditionelle Wettkampf im Vorfeld der mündlichen Verhandlung	230
(1) Sonderproblem: Dokumente in fremder Sprache	232
(2) Neue Probleme durch technischen Fortschritt	234
bb) Versuche zur Abmilderung des Wettkampfcharakters	236
(1) Inpflichtnahme der Anwälte	236
(2) Kooperation statt Konfrontation	237
(3) Schaffung der <i>initial disclosure</i>	237
b) England	240
aa) Offenlegung und Vorlage: Zwei Stufen der <i>Pre-trial</i> -Phase	240
bb) In einer Fremdsprache verfasste sowie elektronische Dokumente	241
cc) Begrenzung der Offenlegungspflicht auf das zumutbare Maß	242
dd) Begrenzung der Vorlagepflicht durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	244

ee) Prozessförderungs- und <i>Pre-action</i> -Kooperationspflicht.....	245
c) Französische Unterscheidung nach dem Dokumentennutzen .....	246
aa) Die <i>communication</i> .....	246
(1) <i>En temps utile</i> .....	247
(2) Dokumentenaustausch im direkten Anwaltsverkehr .....	247
(3) In einer Fremdsprache verfasste sowie elektronische Dokumente .....	248
bb) Die <i>production forcée</i> .....	249
(1) Festlegung der Modalitäten durch das Gericht .....	249
(2) In einer Fremdsprache verfasste sowie elektronische Dokumente .....	250
cc) Die <i>saisie-contrefaçon</i> .....	251
d) Deutscher Ansatz: Vorlage beim Gericht .....	253
aa) Materiellrechtliche Vorlageansprüche.....	253
bb) Prozessuale Vorlageansprüche .....	255
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Konvergenz in Teilbereichen .....	256
7. Zeitliche Reichweite der Vorlagepflicht.....	258
a) Überraschend restriktiver US-amerikanischer Ansatz.....	258
aa) Vorlageanträge vor Klageerhebung: <i>Pre-action discovery</i> .....	258
bb) Nur zu Beweissicherungszwecken.....	259
b) England: Ausweitung durch die <i>Woolf</i> -Reform.....	260
aa) Traditionelle Entstehung der Offenlegungs- und Vorlagepflicht mit Verfahrensbeginn.....	260
bb) Erweiterung der zeitlichen Reichweite .....	261
c) Frankreich: Kontinuierliche Ausdehnung.....	266
aa) Art. 145 NCPC.....	266
bb) Die <i>saisie-contrefaçon</i> .....	269
d) Vorsichtiger deutscher Ansatz .....	270
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Allgemeine Tendenz zur zeitlichen Ausdehnung .....	272
8. Rolle des Gerichts .....	274
a) US-amerikanische Richter: Stille Beobachter?.....	274
aa) Situation nach Inkrafttreten der FRCP .....	274
bb) Die Reform von 1970: Höhepunkt richterlicher Passivität .....	276
(1) Dokumentenvorlagen einer Partei .....	276
(2) Dokumentenvorlagen durch Dritte .....	278
(3) Einschaltung des Gerichts zur Abwehr eines Vorlageverlangens.....	278
cc) Kehrtwende hin zu mehr richterlicher Leitung .....	279
(1) Rückbesinnung auf die Anfänge.....	279

(2) Der Richter als Hüter des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes..	284
b) Der englische Richter.....	286
aa) Traditionelle Passivität.....	286
bb) <i>Case management</i> als neue Maxime.....	288
c) Der französische Richter.....	290
aa) Die <i>communication</i> .....	290
bb) Die <i>production forcée</i> .....	291
cc) Die <i>saisie-contrefaçon</i> .....	292
(1) Schwache Kontrolle <i>ex ante</i> .....	292
(2) Zwischenschaltung des Gerichtsvollziehers.....	293
(3) Indirekte Kontrolle <i>ex post</i> .....	294
d) Starke Stellung des deutschen Richters.....	295
aa) Prozessuale Vorlagepflichten.....	296
(1) Weiter Ermessenspielraum der Gerichte.....	296
(2) Ermessenseinschränkung bei mündlicher Verhandlung.....	296
(3) Unterscheidung zwischen elektronischen Dokumenten und klassischen Urkunden.....	297
(4) Richterliches Tätigwerden von Amts wegen.....	298
bb) Materiellrechtliche Vorlageansprüche.....	298
cc) Inzidente Geltendmachung materiellrechtlicher Vorlageansprüche.....	299
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Der aktive Richter als Rezept gegen die Zeit- und Kostenexplosion.....	300
9. Folgen einer Vorlageverweigerung und deren Missbilligung durch die Rechtsordnung – Qualifikation der Dokumentenvorlage als prozessuale Pflicht.....	301
a) US-amerikanischer Ansatz.....	301
aa) Mögliche Konsequenzen einer Vorlageverweigerung.....	301
bb) Wahl der jeweiligen Konsequenzen im konkreten Fall.....	305
cc) Zwangsmittel gegenüber Dritten.....	306
dd) Dokumentenvernichtung und ihre Folgen.....	307
b) England: Betonung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	310
aa) Innerprozessuale Folgen der Mitwirkungsweigerung.....	310
bb) <i>Contempt-of-court</i> -Strafen.....	311
cc) Wahl der Konsequenzen im konkreten Fall.....	313
dd) Versuche zur Umgehung der Vorlagepflichten.....	314
c) Französischer Ansatz.....	315
aa) Verfahrensinterne Konsequenzen.....	315
bb) Anwendung von Zwangsmitteln.....	316
cc) Folgen einer Dokumentenvernichtung.....	316
d) Deutschland: Eine Außenseiterposition.....	317

e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Pflicht zur Dokumentenvorlage.....	318
10. Kostentragung .....	320
a) US-amerikanische Entwicklung: Aufweichung des traditionellen Grundsatzes .....	320
aa) Die <i>American Rule</i> .....	320
bb) Neue Kostenverteilung bei Vorlage elektronischer Dokumente ..	323
b) Englische <i>cost-shifting rule</i> .....	326
c) Flexibler französischer Ansatz.....	327
d) Deutschland: Großzügige Kostenerstattung bei prozessualen Vorlagepflichten.....	329
e) Zusammenfassende Gegenüberstellung: Vorsichtige Ansätze einer Konvergenz .....	331
11. Abschließende Gegenüberstellung.....	332
a) Konvergierende Gesamtentwicklung.....	332
b) Ursachen der Konvergenz.....	335
aa) Wandelung der äußeren Rahmenbedingungen in den USA .....	335
bb) Englische Konfrontation mit den gleichen Problemen.....	338
cc) Deutsche Lage: Ähnliche Ursachen, andere Wirkung .....	339
dd) Frankreichs Suche nach einer gerechten Lösung .....	340
c) Kulturelle Besonderheiten.....	342
aa) US-amerikanische <i>Laissez-faire</i> -Philosophie und <i>jury trial</i> .....	342
bb) Deutscher Sozialstaat .....	346
cc) Französische Revolution: Naturrechtlich geprägt, aber nicht amerikanisch .....	348
dd) England: Heimat von <i>John Locke</i> .....	350
ee) Unterschiede in der juristischen Denk- und Arbeitsweise .....	351
ff) Relativierung der Unterschiede .....	351
12. Kurzresümee.....	355

## 4. Kapitel

### Ein Entwurf transnationaler Rechtsgrundsätze und Modellregeln vor dem Hintergrund aktueller Harmonisierungsprojekte

I. Regionale Harmonisierungsbestrebungen .....	357
1. Erfolg des südamerikanischen Modellgesetzes .....	358
2. Europäische Harmonisierungsbemühungen.....	359

a) Der <i>Storne</i> -Entwurf.....	360
aa) Kreis der Vorlagepflichtigen .....	361
bb) Vorlagegegenstand .....	362
cc) Zweck des Vorlageverlangens.....	363
dd) Zusammenhang zwischen Dokument und Rechtsstreit .....	364
ee) Bezeichnung der Dokumente.....	365
ff) Art und Weise der Dokumentenvorlage .....	366
gg) Zeitliche Reichweite der Vorlagepflicht.....	368
hh) Rolle des Gerichts .....	369
ii) Folgen einer Vorlageverweigerung .....	371
jj) Kostentragung .....	372
kk) Resümee.....	372
b) Richtlinie 2004/48 EG zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums.....	374
aa) Art. 6: Eine generelle Vorlagepflicht?.....	375
bb) Art. 7: Zwischen <i>saisie-contrefaçon</i> und <i>search order</i> .....	378
cc) Resümee.....	379
II. Weltweite Verfahrensrechtsharmonisierung .....	381
1. Schiedsverfahrensrecht – Brücke zwischen den Rechtskulturen?.....	381
a) <i>IBA Rules of Evidence</i> .....	382
b) Nutzbarmachung als Orientierungspunkt .....	386
2. ALI/UNIDROIT <i>Principles of Transnational Civil Procedure</i> .....	387
a) Wesenszüge des Regelwerks.....	388
b) Grundentscheidung für eine prozessuale Vorlagepflicht .....	392
c) Objekt der Vorlagepflicht .....	396
aa) Weiter Dokumentenbegriff.....	396
bb) <i>Ultra posse nemo obligatur</i> .....	398
d) Zusammenhang zwischen Dokument und Rechtsstreit.....	400
aa) Das Relevanzkriterium.....	400
bb) Hohe Anforderungen an den Inhalt der Schriftsätze .....	401
cc) Flexibilität zur Verhinderung von Unbilligkeiten im Einzelfall ..	402
dd) Höhere Anforderungen bei Vorlageersuchen gegenüber Dritten?.....	404
e) Bezeichnung der Dokumente .....	406
f) Art und Weise der Dokumentenvorlage .....	407
aa) Ein Zwei-Stufen-Modell .....	407
bb) Vorlagemodalitäten .....	408
g) Zeitliche Reichweite der Vorlagepflicht .....	411
h) Rolle des Gerichts.....	413

i) Folgen einer Vorlageverweigerung .....	416
aa) Unterscheidung zwischen Parteien und Dritten .....	416
bb) Mittelbarer Zwang gegenüber Parteien? .....	418
j) Kostentragung .....	421
Schlussbetrachtung mit Formulierungsvorschlag .....	425
Anhang mit Regelungstexten .....	435
Rechtsprechungsverzeichnis .....	469
Literaturverzeichnis .....	483
Sachregister .....	511



## Abkürzungsverzeichnis

In der Arbeit werden die üblichen Abkürzungen verwendet. Insoweit wird neben der folgenden Auflistung auf das Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache von *Kirchner/Butz* sowie auf den Cardiff Index to Legal Abbreviations (abrufbar unter <http://www.legalabbrevs.cardiff.ac.uk/>) verwiesen.

a.a.O.	am angegebenen Ort
ABA	American Bar Association
ABA J. E-Report	ABA Journal E-Report
A.C.	Law Reports, Appeal Cases (Third Series) England & Wales
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
Ala. Law.	Alabama Lawyer
All ER	All England Law Reports
Am. J. Comp. Law	American Journal of Comparative Law
AP	Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts Arbeits- rechtliche Praxis
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater
B. B. J.	Boston Bar Journal
B.C.C.	British Company Law Cases
B.C.L.C.	Butterworths Company Law Cases
BCLR	British Columbia Law Reports
B. C. L. Rev.	Boston College Law Review
Bench & B. Minn.	Bench and Bar of Minnesota
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	Systematische Sammlung der Entscheidungen des Bundes- gerichtshofs
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR	Bankruptcy Reporter
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
Bull. civ.	Bulletin des Arrêts de la Chambre civile de la Cour de cassation
Cardozo L. Rev.	Cardozo Law Review



Cass. ch. mixte	Cour de cassation, chambre mixte
Cass. civ. 1re/2e	Cour de cassation, première/deuxième chambre civile
Cass. com.	Cour de cassation, chambre commerciale
Cass. requ.	Cour de cassation, chambre de requêtes
CCA	County Courts Act
C. civ.	Code civil
CCR	County Court Rules
C.J.Q.	Civil Justice Quarterly
CLC	Commercial Law Cases England & Wales
Clev. St. L. Rev.	Cleveland State Law Review
CMR	Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Comp. Law.	Company Lawyer
Computer Law.	Computer Lawyer
Conn. L. Rev.	Connecticut Law Review
Const. L. J.	Construction Law Journal
CPC	Code de procédure civile
CPI	Code de la propriété intellectuelle
CPO	Civilprozessordnung
CPR	Civil Procedure Rules
C.P. Rep.	Civil Procedure Reports
D.	Recueil Dalloz-Sirey
Denv. U. L. Rev.	Denver University Law Review
Disp. Resol. J.	Dispute Resolution Journal
DStR	Deutsches Steuerrecht
Duke L. J.	Duke Law Journal
ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
E.M.L.R.	Entertainment and Media Law Reports
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950
Eq	siehe unter L.R. E.q.
EU	Europäische Union
EuBVO	Verordnung EG Nr. 1206/2001 des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handels-sachen
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVO	Verordnung EG Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

Euro. Rev. Priv. L. EuZVO	European Review of Private Law Verordnung EG Nr. 1348/2000 des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten
EWCA Civ. EWHC (Ch) EWHC (QB)	England & Wales Court of Appeal (Civil Division) England & Wales High Court (Chancery Division) England & Wales High Court (Queen's Bench Division)
F. F.2d F.3d FamRZ Fed. Cts. L. Rev. Fed.R.Evid. Fed.R.Serv. FRCP F.R.D. FS F.S.R. F.Supp.	Federal Reporter Federal Reporter, Second Series Federal Reporter, Third Series Zeitschrift für das gesamte Familienrecht Federal Courts Law Review Federal Rules of Evidence Federal Rules Service United States Federal Rules of Civil Procedure Federal Rules Decisions United States Festschrift Fleet Street Reports Federal Supplement United States
Ga. L. Rev. Gaz. du Pal. GRUR	Georgia Law Review Gazette du Palais Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
Harv. L. Rev. HBÜ	Harvard Law Review Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen
HK	Handkommentar
I.C.L.Q. IDR I.L.Pr. I.L.T. Reports IPRax	International & Comparative Law Quarterly Journal of International Dispute Resolution International Litigation Procedure Irish Law Times Reports Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
JCP J. Leg. Stud. J.O. J. Rec. JZ	La Semaine Juridique Journal of Legal Studies Journal officiel The Journal Record Juristenzeitung
K & R	Kommunikation und Recht
Law & Hist. Rev. L.Ed. LG Lloyd's Rep. Loy. L. Rev. L.R. Ch. App.	Law and History Review United States Supreme Court Reports, Lawyers' Edition Landgericht Lloyd's Law Reports Loyola Law Review Law Reports, Chancery Appeal Cases

L.R. Eq.	Law Reports, Equity Cases
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Mi.M.	Mindermeinung
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review
MJECL	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MüKo	Münchener Kommentar
NCPC	Nouveau Code de procédure civile
Nev. L. J.	Nevada Law Journal
n.F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport Zivilrecht
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
N. Y. L. J.	New York Law Journal
N.Y.U. J. Int.'l L. & Pol.	New York University Journal of International Law and Politics
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz und Sanierung
OLG	Oberlandesgericht
Pa. B. A. Q.	Pennsylvania Bar Association Quarterly
Pace L. Rev.	Pace Law Review
Pa. Law.	Pennsylvania Lawyer
PD	Practice Direction
PIBD	Propriété industrielle - Bulletin documentaire
PLI/Lit	Practising Law Institute / Litigation and Administrative Practice Course Handbook Series – Litigation
P.N.L.R.	Professional Negligence and Liability Reports
QBD	Law Reports, Queen's Bench Division
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht
R.D.P.I.	Revue du droit de la propriété industrielle
Rec. Dal.	Recueil le Dalloz
Rec. heb. D.	Recueil hebdomadaire Dalloz
Rec. pér. et crit. D.	Recueil périodique et critique Dalloz
Rec. Sirey	Recueil Sirey
Rev. jur. Alsace et Lorraine	Revue juridique d'Alsace et de Lorraine
Rev. Proc.	Revista de Processo
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
R.H.D.I.	Revue Héliénique de Droit International
Rich. J. L. & Tech.	Richmond Journal of Law and Technology
RIDC	Revue Internationale de Droit Comparé

RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RSC	Rules of the Supreme Court
RTD civ.	Revue Trimestrielle de Droit Civil
Rutgers L. Rev.	Rutgers Law Review
R.V.R.	Rating & Valuation Reporter
SCA	Supreme Court Act
Sedona Conf. J.	Sedona Conference Journal
SMU L. Rev.	Southern Methodist University Law Review
Suffolk U. L. Rev.	Suffolk University Law Review
Temp. L. Rev.	Temple Law Review
Tex. Int'l L. J.	Texas International Law Journal
Tex. L. Rev.	Texas Law Review
TGI	Tribunal de grande instance
TKV	Telekommunikations-Kundenschutzverordnung
Tort & Ins. L. J.	Tort & Insurance Law Journal
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
Unif. L. Rev	Uniform Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U. Pitt. L. Rev.	University of Pittsburgh Law Review
U.S.	United States Supreme Court Reports
USC	United States Code
USCA	United States Code Annotated
Utah B. J.	Utah Bar Journal
Val. U. L. Rev.	Valparaiso University Law Review
VersR	Versicherungsrecht
Virginia L. Rev.	Virginia Law Review
Wash. & Lee L. Rev.	Washington & Lee Law Review
Wash. L. Rev.	Washington Law Review
WL	Westlaw-Datenbank
W.L.R.	Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen
Wm. Mitchell L. Rev.	William Mitchell Law Review
WRP	Wertpapier in Recht und Praxis
W. Va. L. Q.	West Virginia Law Quarterly
Yale J. Int'l L.	Yale Journal of International Law
Yale L. J.	Yale Law Journal
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZSEG	Zeugen- und Sachverständigenentschädigungsgesetz
ZVgIRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International



## Einführung

„Die Möglichkeit eines Weltrechts“, so lautete der Titel eines Vortrags, den Ernst Zitelmann am 20. März 1888 in der Vollversammlung der juristischen Gesellschaft zu Wien hielt.<sup>1</sup> Dass er mit dieser Thematik nicht als weltfremder Außenseiter dastand, zeigt der Kongress für Rechtsvergleichung, der im Jahre 1900 anlässlich der Weltausstellung in Paris veranstaltet wurde. Vehement plädierten einige Referenten für die Rechtsvereinheitlichung als eines der wichtigsten Ziele der vergleichenden Rechtswissenschaft.<sup>2</sup>

Knapp 100 Jahre später fand an demselben Ort, an dem Zitelmann über die Möglichkeit eines Weltrechts gesprochen hatte, eine Konferenz mit verblüffend ähnlichem Thema statt:

„Zivilprozess ohne Grenzen: Die Harmonisierung und Vereinheitlichung des Prozessrechts“.

Diskussionsforum war diesmal der XI. Weltkongress für Prozessrecht, der vom 23. bis zum 28. August 1999 an der Universität Wien veranstaltet wurde.<sup>3</sup>

Ist also ein Jahrhundert ohne wissenschaftliche Fortentwicklung verstrichen? Diskutieren wir fortwährend und fruchtlos über dieselben Problem-

---

<sup>1</sup> Veröffentlicht bei Manz, Wien 1888.

<sup>2</sup> S. bspw. Lambert, dessen Ausführungen bei ZWEIGERT/PUTTFARKEN (Hrsg.), Rechtsvergleichung, S. 37 mit folgenden Worten zusammengefasst sind:

«Seule [...] la troisième variété de conceptions érige vraiment le droit comparé en discipline indépendante, lui assigne une fonction nettement spécifique. Cette fonction [du droit comparé] est de provoquer un rapprochement continu entre les législations qui forment l'objet du travail de comparaison, de dégager, dessous la diversité apparente des législations, le fond commun d'institutions et de conceptions qui y est latent, ....».

Auch Zitelmann hielt auf dem Kongress einen Vortrag, abgedruckt bei ZWEIGERT/PUTTFARKEN (Hrsg.), Rechtsvergleichung, S. 11–17; darin heißt es auf S. 14:

„Die Rechtsvergleichung ist auf diese Weise der wichtigste Hebel, um eine inhaltliche Vereinheitlichung der bisher noch so äußerst verschiedenartigen Rechtsordnungen wenigstens auf dem Gebiete des Privatrechts [...] vorzubereiten.“

<sup>3</sup> Der Konferenzbericht ist ebenfalls bei Manz veröffentlicht: RECHBERGER/KLICKA (Hrsg.), Procedural Law on the Threshold of a New Millennium – Das Prozessrecht an der Schwelle eines neuen Jahrtausends, Wien 2002, S. 53–144.